



<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2019/03/palestine-authorities-must-drop-charges-against-human-rights-defender-issa-amro-for-peaceful-criticism/>

PRESSEMITTEILUNG

27.März 2019, 10:19 UTC

Palästina:

Behörden müssen Anklagen wegen friedlicher Kritik gegen Menschenrechtsverteidiger Issa Amro fallenlassen

„Die strafrechtliche Verfolgung des bekannten palästinensischen Menschenrechtsverteidigers Issa Amro wegen eines Beitrags in den sozialen Medien, in dem er die palästinensischen Behörden kritisierte, ist ein weiterer verheerender Schlag gegen das Recht auf freie Meinungsäußerung in Palästina,“ erklärte Amnesty International im Vorfeld der ersten gerichtlichen Anhörung des Falles am 28. März 2019.

“Es ist eine Schande, dass Issa Amro mit einer Haftstrafe konfrontiert ist, nur weil er seine Ansichten im Internet geäußert und sich für Menschenrechte ausgesprochen hat. Die palästinensischen Behörden sollten sämtliche Anklagen gegen ihn unverzüglich fallenlassen.”

Saleh Higazi, Deputy Middle East and North Africa Director at Amnesty International

Issa Amro ist ein Gründungsmitglied der Gruppe *Youth Against Settlements (Jugend gegen Siedlungen)* und war am [4. September 2017](#) von palästinensischen Sicherheitskräften festgenommen worden, nachdem er die palästinensischen Behörden wegen der [Verhaftung eines Journalisten](#) in Hebron, der sich kritisch gegen Präsident Mahmoud Abbas geäußert hatte, auf Facebook verurteilt hatte.



„Es ist eine Schande, dass Issa Amro mit einer Haftstrafe konfrontiert ist, nur weil er seine Ansichten im Internet geäußert und sich für Menschenrechte ausgesprochen hat. Die palästinensischen Behörden sollten sämtliche Anklagen gegen ihn unverzüglich fallenlassen. Kritik an Regierungsvertretern sollte niemals ein Verbrechen sein. Falls Issa Amro deswegen tatsächlich ins Gefängnis gehen sollte, dann wäre er als gewaltloser politischer Gefangener zu betrachten,“ sagte Saleh Higazi, der stellvertretende Leiter der Abteilung Nahost und Nordafrika bei Amnesty International.

Nach seiner Festnahme durch den Präventiven Sicherheitsdienst im Jahr 2017 wurde Issa Amro für sieben Tage inhaftiert. In dieser Zeit soll er mutmaßlich von Befragungsbeamten des Gemeinsamen Sicherheitsausschusses, einer Einrichtung, der Mitglieder verschiedener palästinensischer Sicherheitsdienste angehören, gefoltert worden sein. Er erzählte Amnesty International, dass er fünf Tage lang in Einzelhaft gehalten, geschlagen und von Verhörbeamten mit dem Tod bedroht wurde. Danach setzte man ihn gegen Zahlung einer Kaution in Höhe von US\$1.400 (ca. 1.250 €) freien Fuß gesetzt.

“Die palästinensischen Behörden weisen eine düstere Bilanz der Schikanie und Einschüchterung friedlicher Kritiker und Menschenrechtsaktivisten auf.”

Saleh Higazi

Issa Amro wurde nach dem drakonischen Gesetzes gegen die Online-Kriminalität in Palästina wegen "Störung der öffentlichen Ordnung" und nach dem jordanischen Strafgesetzbuch von 1960, das in der Westbank immer noch gilt, wegen des "Hervorrufens von Streitereien" und "Beleidigung der Obrigkeit" angeklagt. Wenn er verurteilt werden sollte, hat er mit einer Haftstrafe von bis zu zwei Jahren und einer Geldstrafe zu rechnen.

Als Issa Amro nach fast einer Woche im Gefängnis entlassen wurde, sagte man ihm, dass sein Fall auf Eis gelegt sei, weil die Anklagen gegen ihn fallengelassen und die Akte geschlossen würden. Im letzten Monat wurde der Fall durch ein palästinensisches Gericht in Hebron jedoch neu aufgerollt, offenbar in dem Versuch, Issa Amro einzuschüchtern und zur Aufgabe seiner fortlaufenden Arbeit, der Information über israelische und palästinensische Menschen- und Völkerrechtsverstöße, zu bewegen.

„Die palästinensischen Behörden weisen eine düstere Bilanz der Schikanie und Einschüchterung friedlicher Kritiker und Menschenrechtsaktivisten auf. Die aktuelle strafrechtliche Verfolgung von Issa Amro ist ein Unheil verheißendes Zeichen, dass diese rechtswidrigen Tendenzen weiterhin Bestand haben. Die kommende neue Regierung unter dem Vorsitz von Premierminister Mohammad Shtayyeh sollte schnell und unmissverständlich signalisieren, dass dies nicht der Fall sein wird und eine echte Bereitschaft zum Schutz von Menschenrechtsverteidigern wie Issa Amro an den Tag legen,“ sagte Saleh Higazi.

TODESDROHUNGEN UND EINSCHÜCHTERUNGEN

Issa Amro erzählte Amnesty International, dass er von Unterstützern der Fatah, der aktuell regierenden palästinensischen Partei in der Westbank, in den sozialen Medien Todesdrohungen erhalten habe. Er sagte, er fürchte um seine Sicherheit, und fügte hinzu, dass palästinensische Behörden auch gegen andere in seinem Umfeld Drohungen ausgesprochen hatten, um deren Zusammenarbeit mit ihm oder der unter anderem von ihm ins Leben gerufenen Organisation Youth Against Settlements (YAS / Jugend gegen Siedlungen) zu stoppen.



„Die palästinensischen Behörden in der Westbank stehen in der Pflicht, dafür Sorge zu tragen, dass Menschenrechtsverteidiger wie Issa Amro ihrer Arbeit ohne Bedrohungen, Einschüchterungen oder Misshandlungen frei nachgehen können. Werden deren Aktivitäten nicht geschützt oder ihre Arbeit sogar absichtlich beeinträchtigt, so stellt dies einen offenkundigen Verstoß gegen die internationalen rechtlichen Vorgaben dar.“

Saleh Higazi

Im vergangenen Monat veröffentlichte die Fatah [eine Pressemitteilung](#), in der sie zivilgesellschaftliche Organisationen in Hebron dringend dazu aufforderte, nicht mit Issa Amro oder Youth Against Settlements zusammenzuarbeiten, und warnte, dass diejenigen, die dies dennoch täten, mit Strafen zu rechnen hätten.

Issa Amro erzählte, dass [israelische Siedler in Hebron ihre Einschüchterungsversuche](#) und ihre Hetze gegen ihn und andere Mitglieder von Youth Against Settlements infolge dieser Pressemitteilung der Fatah verstärkt hätten.

„Die palästinensischen Behörden in der Westbank stehen in der Pflicht, dafür Sorge zu tragen, dass Menschenrechtsverteidiger wie Issa Amro ihrer Arbeit ohne Bedrohungen, Einschüchterungen oder Misshandlungen frei nachgehen können. Werden Aktivitäten nicht geschützt oder ihre Arbeit sogar absichtlich beeinträchtigt, so stellt dies einen offenkundigen Verstoß gegen die internationalen rechtlichen Vorgaben dar,“ erklärte Saleh Higazi.

Die palästinensischen Behörden im Westjordanland sollten auch das überaus repressive Gesetz gegen die Internet-Kriminalität nicht weiter zur Verfolgung friedlicher Kritiker und Aktivisten nutzen, und das Gesetz stattdessen entweder so reformieren, dass es ihren Verpflichtungen aus den internationalen Menschenrechtsnormen entspricht, oder es gleich ganz abschaffen.

„Seit mehr als 50 Jahren werden Palästinenser im Westjordanland und im Gazastreifen unter Israels brutaler Besatzung mit systematischen Menschenrechtsverletzungen überzogen. Aktivisten wie Issa Amro, die aufdecken, was vor Ort wirklich vor sich geht, und so den Menschen ermöglichen, sich um Gerechtigkeit und Wiedergutmachungen zu bemühen, müssen ihrer Tätigkeit ohne willkürliche Beeinträchtigungen nachgehen können,“ sagte Saleh Higazi.

HINTERGRUND

[Issa Amro ist auch mit einem Verfahren vor einem israelischen Militärgerichtshof konfrontiert](#). Die achtzehn Anklagepunkte, die ihm dort vorgeworfen werden, beziehen sich alle auf seinen friedlichen Aktivismus in Hebron. Die nächste Anhörung in diesem Verfahren findet am 1. April 2019 statt.